

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 53. Für ungelangt eingelangte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 291

Sonnabend, den 14. Dezember 1918

13. Jahrgang

Die Gefahren der überstürzten Demobilisierung.

Der Waffenstillstand bis 17. Januar verlängert. — Arbeitseinstellungen bei Krupp. — Bedrohliche Lage im Ruhrkohlenrevier.

Selbstvertrauen.

Unbesiegt sind wir aus diesem Kriege zum Waffenstillstand übergetreten — und doch geschlagen. Enttauscht und wehrlos und darben sind wir der Willkür des Gegners ausgeliefert. Haben wir gegen diese Willkür keinen Rechtsbehelf mehr? Doch — einen mächtigen, einen sehr mächtigen sogar: das Recht. Das ist kann nicht totgeschlagen, kann nicht vernichtet werden, es überdauert jede Vergewaltigung. Leben Rechtsbewußt, es lebt und wirkt fort im Bewußtsein der Menschen, bei den Vergewaltigten, wie bei den Vergewaltigern.

Über man muß diesen Rechtsbehelf anrufen! Man muß den Mut zu seinem guten Rechte, man muß den Mut haben an sein Recht anzuklopfen, das Recht selbst und dem Gegner gegenüber. Aber um in solchen Fällen nicht am Recht zu verzweifeln, muß man Vertrauen haben, die Gläubigen mögen sagen: Vertrauen zu Gott, die anderen: Vertrauen zum Sieg des Rechtes. Aber das Unrecht, der Wahrheit aber die Gerechtigkeit. Gerechtigkeit ist das Unrecht nicht unerschüttert, aber den Triumph haben die Gegner nicht im Namen des Rechtes, sondern nur im Namen der Macht und des Unrechtes erzwungen. Wenn sie uns gegenüber das Recht mit Füßen treten, dann werden sie bereuen unter die Räder der vergeltenden Gerechtigkeit kommen.

Vertrauen haben kann nur der, der an sich selbst, an sein gutes Recht glaubt, der aber auch weiß, daß er oder seine Kinder den Triumph des Rechtes erleben werden. Nun, es handelt sich bei uns um unser ganzes Volk. Unser Volk kann aber nicht sterben, sein Volk ist sterblich, wohl aber kann es in Sklaverei und Elend, unter Fremdherrschaft und Tyrannie kommen.

Das soll sich jeder klar vor Augen halten, damit er wohl, wohlhin auf der einen Seite der Weg führt, den er selbst oder unsere Kinder werden wandern müssen. Auf der anderen Seite aber führt der Weg trotz Unrecht und zeitweiliger Schmach hell bergauf. Kämpfen mit Wort und Schrift mutig für unser Recht auf Leben und Arbeit, für den Sieg des Rechtes über jede Macht, dann sind wir unseren Siegern in ihrem Nachhinein weit voraus! Dann ist die Zukunft unser, hier ist die Vergangenheit.

In Wahrheit, was können die Feinde uns noch anhaben? Unsere Körper können sie töten, unsere Seelen können sie nicht, aus ihnen heraus müssen wir unseren Staat schaffen, den Staat der inneren Freiheit und des höchsten Rechtes. Dieser Staat braucht keine Waffen, um sich zu verteidigen, durch sein bloßes Vorhandensein veranlaßt er den Haß der Welt in Abende. Aber man muß zu sich selbst, zu seinem Volke, zu allen Volksgenossen und zu seiner eigenen Kraft Vertrauen haben, dann ist das alles ganz einfach.

Jeder muß sich aus Gange hingeben, muß erkennen, daß er mit dem Ganzen untrennbar verbunden ist, dann geht es. Jeder für sich allein ist schwach, im höchsten Vertrauen muß man sich zusammenschließen, dann erstreckt plötzlich auch das Selbstvertrauen.

Die Unternehmungslust erwacht, die Hände regen sich zur Arbeit, das Geld, das blinde Dummköpfe aus dem Verkehr gezogen hatten, im Wahn, sich selbst dadurch retten zu können, kommt wieder zum Vorschein, das Leben erwacht von Neuem, Fahrrad greift in Fahrrad und hell laufend setzt sich die laufenddrübrige Maschinerie wieder in Schwung. Aber dieses gilt vor allem: Unbesiegt und unbesiegtbar ist, wer sich selbst vertraut. Verloren ist nur der, der sich verlor.

Verlängerung des Waffenstillstandes.

Bis 17. Januar.

Aus Trier wird gemeldet: Der Waffenstillstandsvertrag wurde bis zum 17. Januar 1919 verlängert. Diese Verlängerung wird vorbehaltlich der Zustimmung der alliierten Regierungen bis zum Abschluß des Präliminarfriedens ausgedehnt werden. Das Oberkommando der Alliierten behält sich vor, die

neutrale Zone auf dem rechten Rheinufer nördlich des Kölner Brückenkopfes und bis zur holländischen Grenze zu besetzen. Zu Beginn der Sitzung teilte Marschall Foch im Namen des amerikanischen Lebensmittellieferanten Hoover mit, daß die in Deutschland liegenden 2 1/2 Millionen Tonnen Schiffsraum unter Kontrolle der Alliierten zur Versorgung Deutschlands zur Verfügung gestellt werden müsse, wobei die Schiffe selbstverständlich deutsches Eigentum bleiben und mit deutschen Besatzungen versehen werden können. Diese Versorgung mit Lebensmitteln wird von zwei Kommissionen geregelt werden. Die eine, welche die Lebensmittel aufkauft, hat ihren Sitz in Paris, während die mit der Verteilung und dem Transport beauftragte ihren Sitz in London hat.

Der Waffenstillstandskommission.

Wie aus Berlin gemeldet wird, sind die Beschränkungen, welche den Mitgliedern der deutschen Waffenstillstandskommission in Trier bisher auferlegt waren, nunmehr vollständig beseitigt worden. Die Mitglieder der Kommission können vollständig frei verkehren, ebenso ist Telefon-, Telegraphen- und Kurierdienst vollständig unbehindert.

Das Schicksal des linken Rheinufer.

In näherer Zukunft für den Präliminarfrieden beantragt, um so nachdrücklicher wird in einer wachsenden Zahl von französischen Blättern der Rhein als natürliche Grenze Deutschlands bezeichnet. Der „Temps“ veröffentlicht den Brief eines höheren Offiziers, der erklärt, daß nur der Rhein als natürliche Grenze gegen einen kriegerischen Überfall Deutschlands auf Frankreich und Belgien diene. In einer anderen Nummer an den „Temps“ wird erklärt, daß diese Forderung mit Wilsons Grundgedanken im Einklang gebracht werden solle. „Gaulois“ verlangt Deutschlands Kapitulation durch die Rheingrenze. Die Friedenskonferenz werde zu entscheiden haben, ob die Pfalz und die Rheinprovinz zu annektieren seien. (1) Jedenfalls dürfen in diesen Provinzen nie wieder deutsche Garnisonen stehen. „Petit Parisien“: Die Friedenskonferenz werde darüber zu entscheiden haben, ob die Alliierten als Eroberer oder nur als vorübergehende Besatzung in Mainz eingesetzt seien.

Die deutschen Forderungen in Gifsaß-Vorbringen nach französischen Angaben.

Die „Times“ meldet aus Paris: Die französische Kommission für Gifsaß-Vorbringen stellt fest, daß die deutsche Heeresleitung in Gifsaß-Vorbringen während des Krieges für zwei Milliarden Werte zerstört habe.

Die Demobilisierung der Entente.

Nach einer Reuters-Meldung aus London hat der Minister für den Wiederaufbau Dr. Addison, in einer Rede in London mitgeteilt, daß die Regierungen Vorbereitungen treffen, um die Demobilisierung zu beschleunigen. Es sollen 65 bis 70 Prozent der In- und Auslandarmeen so rasch wie möglich abgerüstet werden. Die Regierung beabsichtigt, die Ausfuhrbedingungen, soweit die Blockade und die Verpflichtungen gegenüber den Alliierten das gestatten, aus dem Wege zu räumen. Es sind bereits Ausfuhrverbote für 300 Arten von Waren aufgehoben worden.

Die Zukunft der deutschen Kolonien.

Der Notterdamer „Courant“ meldet, in der Frage der deutschen Kolonien liege angeblich bereits eine Einigung der Ententestaaten in der Richtung vor, daß auf diesem Gebiete in erster Linie die Portugiesen, Belgier und die kolonialen Hilfskräfte der Entente zu versorgen seien, um ihnen für ihre Mitwirkung zu danken. (1)

Der Papst verwendet sich für Deutschland.

Der Münchener Erzbischof Dr. von Faulhaber hat ebenso wie Kardinal Hartmann von Köln den Papst eindringlich gebeten, er möge seinen Einfluß bei den Ententeregierungen geltend machen, um Erleichterungen und Hilfe in der Deutschland drohenden Ernährungsnotwendigkeiten zu bringen. Darauf erwidert der Erzbischof aus Rom den telegraphischen Be-

scheid, der Papst habe sich nicht nur an die feindlichen Regierungen gewandt, er habe auch dem gesamten Episkopat der Deutschland feindlichen Länder aufgefordert, auf Milderung hinzuwirken. Auf diese Bitte hin hat Wilson den Kardinal Gibbons gebeten, dem Kardinalstaatssekretär in Rom zu versichern, daß die äußerst schwierige Lage Deutschlands so ernst wie möglich in Erwägung gezogen werde.

Die Nationalversammlung.

Ein früherer Zusammenkunft in Aussicht.

Die Berliner Blätter melden: Infolge der allgemeinen Lage und dem immer stärkeren Rückgang der Bevölkerung werden vermutlich die Wahlen der Nationalversammlung zu einem früheren als dem ursprünglich angenommenen Termin stattfinden. Die Behörden haben bereits begonnen, sich mit dieser Möglichkeit vertraut zu machen und ihre Arbeiten darauf einzustellen.

Eine andere Verlautbarung darüber besagt: Jeden Tag gelangen an den Rat der Volksbeauftragten von Bundesstaaten, Volkeregierungen und städtischen und staatlichen Körperschaften, Organisationen aller Parteien und zahlreichen Versammlungen Rundgebungen, welche eine wesentlich, beschleunigte Einberufung der Nationalversammlung fordern. Die Reichsleitung ist außerstande, diese Telegramme zu veröffentlichen oder sie zu beantworten. Sie hat den 16. Februar vorerst als Zeitpunkt für die Wahlen ins Auge gefaßt. Sache der am 16. Dezember zusammen tretenden Arbeiter- und Soldatenräte aus dem ganzen Reich wird es sein, durch Beschluß zum Ausdruck zu bringen, ob die Mehrheit sich für einen anderen Zeitpunkt entscheiden will.

Lebensmittel und Nationalversammlung.

Aus Washington wird gemeldet: Die in holländischen Blättern gebrachte Meldung, wonach Staatssekretär Lansing erklärt habe, daß keine Lebensmittel nach Deutschland geschickt würden, bevor die Nationalversammlung gewählt sein werde, wird für unrichtig erklärt.

Die neue Verfassung Deutschlands.

Wie bekannt wird, haben die Verhandlungen im Reichsamt des Innern über die Grundlagen der neuen Verfassung Deutschlands zu einer Verständigung in fast allen wichtigen Punkten geführt, so daß die auswärtigen Teilnehmer nach ihrer Heimat zurückkehren konnten. Das Reichsamt des Innern wird nunmehr einen Entwurf ausarbeiten und denselben den zuständigen Stellen zur Begutachtung zur Verfügung lassen.

Eine italienische Veröffentlichung zur Vorgeschichte des Krieges.

Der „Secolo“ meldet aus Rom: Sonnino und Orlando sind nach Paris zur Teilnahme an der Vorbereitungs-Konferenz der Alliierten abgereist. Ministerpräsident Orlando gab vor seiner Abreise das Versprechen, sofort nach Rückkehr werde die Veröffentlichung des geheimen Schriftwechsels zwischen dem italienischen und dem deutschen Generallstab erfolgen, der einwandfrei nachweisen werde, daß Deutschland militärisch den Krieg für das Frühjahr 1914 beschlossen hatte. Die Sendung der deutschen Generalkommission nach der Türkei im Dezember 1918 wäre bereits der erste Schritt für den beschlossenen Krieg gewesen, wie der Deutsche Kaiser in einem Handschreiben an den König offen zugestanden habe.

Zur Kaiserfrage.

Die „Daily Mail“ meldet: Ein Rechtsgutachten der Oxford-Universität anerkennt die Gültigkeit des Auslieferungsgesetzes an Holland in Sachen des Deutschen Kaisers und des Kronprinzen. — „Daily Express“ veröffentlicht eine Depesche aus Amsterdam, laut der Wilhelm II. mit deutschen Hauptleuten auf dem Gebiet des Völkerrechts lange Verhandlungen führte. Diese Sachverständigen seien in geheimnisvoller Weise nach Amerongen gelangt und wieder abgereist. Der Kaiser sei gegenwärtig damit beschäftigt, eine Selbstbiographie und eine Geschichte seiner Regierung zu schreiben.